Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 15.01.2016:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Dnr-sovet.su: Die Regierung der DVR unternimmt Versuche, das Problem der Befreiung der Ortschaften, die von den ukrainischen Streitkräften in der sogenannten „grauen Zone“ besetzt wurden, auf diplomatischem Weg zu lösen“, erklärte heute in einem Interview mit dem Pressedienst des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin.
„Wir meinen, dass die Aufmerksamkeit von Seiten der OSZE bezüglich unserer Erklärungen in Bezug auf die besetzten Ortschaften in der „grauen Zone“ unzureichend ist. Im Weiteren werden wir auf friedliche Weise auf die entsprechenden Instanzen einwirken. Wir werden die Befreiung aller besetzten Ortschaften erreichen. Zukünftig müssen sie eine Pufferzone werden, was keine weiteren Beschüsse der genannten Territorien zulässt“, fasste der Vorsitzende des Volkssowjets zusammen.
Bezüglich der Erklärung des Präsidenten der Ukraine Petr Poroschenko über die Notwendigkeit der Schaffung eines Fahrplans sagte Denis Puschilin, dass wegen der weiteren Versuche der Ukraine, den Maßnahmekomplex zu umgehen, diese Worte des ukrainischen Präsidenten nicht ernst genommen werden können.
„Wir bestehen seit langem darauf. Ein Fahrplan ist notwendig, aber unsere Sicht eines Fahrplans unterscheidet sich von der Sicht der Ukraine. Sie schlagen undenkbare Varianten vor, die in keiner Weise zum Maßnahmekomplex passen noch überhaupt zum gesunden Menschenverstand. Natürlich kann das von uns in keiner Weise ernst genommen werden, da Kiew die Meinung der Bürger der DVR und der LVR ignoriert. Zuerst kommt die politische Regelung, ein Gesetz über die Amnestie und erst dann kann die Frage der Grenzen erörtert werden. Die ukrainische Seite sollte sich sorgfältig mit dem Maßnahmekomplex bekannt machen, um geeignete Entscheidungen zu treffen“, erklärte der ständige bevollmächtigte Vertreter der DVR bei den Verhandlungen der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk.
Puschilin sprach auch die Ergebnisse der letzten Verhandlungen in Minsk an und sagte, dass sie keine großen Veränderungen gebracht haben.
„Die Verhandlungen verliefen in einer recht zurückhaltenden Atmosphäre. Wir verstehen sehr gut, dass eine effektivere Arbeit erreicht werden muss, aber dennoch unterscheiden sich die Positionen, irgendeine Annäherung wurde grundlegend weder bei dem letzten Treffen noch überhaupt im ganzen Jahr 2015 erreicht. Jetzt haben wir auch keine grundlegenden Änderungen erwartet. Wir hoffen, dass der Einfluss des bevollmächtigten Vertreters Boris Gryslows sehr helfen wird, ein Politiker mit hohem Niveau, der seinen Beitrag zur Regelung des Konflikts leisten kann“, sagte Denis Puschilin.

Dan-news.info: Ein Datum für den Gefangenenaustausch, der von der Kontaktgruppe in Minsk am 13. Januar vereinbart wurde, ist noch nicht festgelegt. Dies erklärte gegenüber Journalisten heute

der Leiter der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe Denis Puschilin.
„Ein Datum ist nicht benannt, es werden einige technische Momente gelöst“, sagte er.
Puschilin erinnerte daran, dass „sich dort Tausende unserer Leute in den Gefängnissen befinden, das heißt, daran muss gearbeitet werden“.
Weiter sagte Puschilin, dass ein Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Petr Poroschenko „rein formal“ für die Regierung der DVR nicht von Interesse ist.
Gestern hatte Poroschenko während einer Pressekonferenz erklärt, dass er bereit ist, beliebige Treffen zur Absicherung eines Waffenstillstands im Donbass und zur Freilassung von Gefangenen durchzuführen.
„Wenn dieses Treffen für irgendeine Formalität, „rein formal“ von Seiten Poroschenkos ist, so ist das für uns nicht interessant“, sagte er. „Wenn es konkret nötig ist etwas zu erörtern, so finden diese Erörterungen in Minsk statt“.
Puschilin sagte, dass es wichtig ist zu begreifen, was Verhandlungen bringen können und welche Mechanismen für die Freilassung von Gefangenen nötig sind. „Nötig ist es zu erreichen, dass ein Amnestiegesetz angenommen und gemäß den Minsker Vereinbarungen beginnt zu funktionieren, damit wir nicht eine Vereinbarung über den Austausch von mehr als 50 Menschen als eine große Errungenschaft sehen, wie das jetzt geschieht“.